



Protokollauszug

aus der
32. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 05.07.2017

öffentlich

**Top 6.2 Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement
16/SVV/0469
geändert beschlossen**

Der **Hauptausschuss** empfiehlt, dem Antrag in folgender neuen Fassung **zuzustimmen**:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die organisatorischen Strukturen städtischer Gesellschaften zu überprüfen, die der wirtschaftlichen Förderung und der wirtschaftlichen Entwicklung Potsdams im Bereich der Unternehmensansiedlung, des Wissenstransfers sowie dem Ausbau des Technologie- und Innovationsstandortes dienen. Der Oberbürgermeister soll dabei verschiedene Entwicklungsoptionen aufzuzeigen und diese dem Hauptausschuss im Oktober 2017 vorlegen.

Abstimmung:

Die vom Hauptausschuss empfohlene neue Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die organisatorischen Strukturen städtischer Gesellschaften zu überprüfen, die der wirtschaftlichen Förderung und der wirtschaftlichen Entwicklung Potsdams im Bereich der Unternehmensansiedlung, des Wissenstransfers sowie dem Ausbau des Technologie- und Innovationsstandortes dienen.

Der Oberbürgermeister soll dabei verschiedene Entwicklungsoptionen aufzeigen und diese dem Hauptausschuss im Oktober 2017 vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einigen Stimmenthaltungen.



BESCHLUSS
der 32. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 05.07.2017

Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung,
Wirtschaftsförderung und Standortmanagement
Vorlage: 16/SVV/0469

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die organisatorischen Strukturen städtischer Gesellschaften zu überprüfen, die der wirtschaftlichen Förderung und der wirtschaftlichen Entwicklung Potsdams im Bereich der Unternehmensansiedlung, des Wissenstransfers sowie dem Ausbau des Technologie- und Innovationsstandortes dienen.
Der Oberbürgermeister soll dabei verschiedene Entwicklungsoptionen aufzeigen und diese dem Hauptausschuss im Oktober 2017 vorlegen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Stimmenthaltungen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird 1 Seite beigelegt.

Potsdam, den 17. Juli 2017

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel